

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 200000 M. Das Volksblatt für Stadt und Land Sonntags-Nr. 2500000 M

Ersteinstverlag, Belegpreis: Ausgabe A mit halbjähriger Beilage wöchentlich 100000 Mark, Ausgabe B ohne halbjährige Beilage wöchentlich 100000 Mark. Anzeigenpreis: 200000 Mark. Belegpreis: 200000 Mark. Belegpreis: 200000 Mark.

Redaktions-Zentrum Deutzen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Zentrum Deutzen 56

Außerhalb Oberschlesiens und amtliche Anzeigen 25.- Mark. Belegpreis 100.- Mark. - Politisch-Oberschlesiens 1000 Wpt. - Briefe freibleibend. Redaktion und Geschäftsstelle Deutzen D.-S., Pletzerstraße 9.

Englands passive Haltung.

Herr von Kahr bayerischer Diktator. - Sturmzeichen in Bayern.

Neueste Nachrichten.

Der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände stellt sich in einem Aufruf hinter die Bewegung gegen jedes Abtrünnertum auf die Einheit und die Freiheit des Reiches.

Die Bergarbeiterverbände haben den letzten Schiedspräsidenten in der Ruhrfrage für den Ruhrbezug abgelehnt.

Die sächsische Regierung hat die Vereinigung Deutsche Flagge in Belgien mit allen Drisruppen für das Gebiet des besetzten Sachsen verboten und aufgelöst.

Die B. J. a. M. meldet: In der gestrigen Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei wurde die Politik des Reichstanzlers einmütig gebilligt.

Der preussische Pressedienst meldet, daß nach militärischer Verfügung, falls die Beträge rechtzeitig vom Reich überwiegen werden, weitere Beträge aus Reichseinkommen und Körperschaftsteuerentnahmen ausgeschaltet werden können. Die Regierungspräsidenten werden ermächtigt, bis 4. 10. 23 an die Gemeinden für das Rechnungsjahr 1923 135 000 Prozent des Aufkommens von 1919 zur Ausschüttung zu bringen.

Nach einer Verfügung des Ministers für Handel und Gewerbe und des Innenministers (und nach dem preussischen Pressedienst die Kennzeichen der Kraftfahrzeuge künftig nur mit Schablonen und mit roter Farbe abzumalpen).

Am Reichstag wird die große politische Anstaltsfrage erst Dienstag nächster Woche stattfinden. Es wird angenommen, daß der Reichstanzler dann selbst sprechen wird. Bei den Dispositionen für die Verhandlungen des ausländischen Ausschusses für heute nachmittags hielt es die für morgen angeordnete Plenarsitzung nicht mit der bereits angegebenen Tagesordnung abgefallen. Freitag wird sich der Reichstag mit der Veränderung des Wahlgesetzes, Mittwoch nächster Woche mit dem Währungsgesetz befassen.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat angeordnet, daß für alle zur Verwertung kommenden Domänen und forstwirtschaftlichen Flächen keine Pachtzinsgebote in Geld, sondern nur noch in Naturalmengen zu nehmen sind, und zwar in Ähren. Dabei ist grundsätzlich nur eine Pachtart und zwar die Saupacht zu wählen. Der Geldwert der gebotenen Pachtmenge ist im voraus überzuleisten, nach den Pachtzinsverträgen festzusetzen, die im voranstehenden Kalendervertragsjahr vom Großhändler in der Berliner Zentralmarkthalle erzielt wurden.

Der Innenminister hat laut preussischen Pressedienst darauf hingewiesen, daß bei der Durchführung der auf Grund des Art. 48 der Verfassung ergangenen Ausnahmebestimmungen gegenüber Abgeordneten, die in Art. 48 bis 53 festgelegten Immunitätsrechte nicht verletzen dürfen. Darüber hinaus sollen auch solche Maßnahmen, denen eine Immunität an sich nicht entgegenstehe, insofern unterbleiben, als sie geeignet sind, die Abgeordneten bei der Ausübung ihres Mandats empfindlich abzuhalten von Versammlungen vor ihren Wählern zu verhindern.

Die Beamten hinter der Regierung.

Berlin 27. Sept. Die zum 26. September durch die Leitung des deutschen Beamtenverbandes einberufene Funktionär-Versammlung hat an der auch alle in Berlin anwesenden Mitglieder des Bundesverbandes teilnahmen, bereit eingehend die gegenwärtige politische Lage Deutschlands, wie auch den einheitlichen Willen der Beamtenschaft Ausdruck, die Reichsversammlung bis zum nächsten Freitag in der Überzeugung, daß nur durch die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Recht und Gesetz, die Einheit und Freiheit des Reiches gesichert werden kann.

London, 27. September. Die Blätter veröffentlichten Informationen über die gestrige Kabinettsitzung. Allgemein wird hervorgehoben, daß keine Entscheidungen getroffen wurden.

Dem Parlamentsberichterstatter des Daily Express zufolge, schlossen sich die Kollegen Baldwin dessen Ansichten an, daß kein unmittelbarer Schritt getan werden könne und daß durch die Entwicklung in Deutschland eine vollkommen neue Lage geschaffen worden sei, sie stimmten zu, daß abgewartet werden müsse, was in Deutschland geschehe und welche Vorschläge die deutsche Regierung den

Alliierten mache und welches Urteil Frankreich über diese Vorschläge fälle.

Der politische Berichterstatter der Morningpost erklärt, Poincaré unterbreite im voraus die britische Regierung über die Aenderung des Verfahrens im besetzten Gebiet durch die Aufgabe des passiven Widerstandes. Für den Augenblick könne die britische Regierung nur den Verlauf der Ereignisse abwarten.

Der Times zufolge ist es nicht wahrscheinlich, daß der Premierminister in seiner heutigen Rede mehr als eine kurze Bezugnahme auf seine Zusammenkunft mit Poincaré in Paris machen werde.

Was nun?

Die Aufgabe des passiven Widerstandes stellt uns politisch vor eine ganz neue Situation. Wir müssen ungeduldet oder so weitverändlichen, geschäftsmäßigen Hemmungen die Dinge nach ihren realen Möglichkeiten betrachten.

Es kommt nun darauf an, mit Frankreich in unmittelbare Verhandlungen über die Regelung der schwebenden Fragen einzutreten. Nachdem der Beschluß der Aufgabe des passiven Widerstandes von den beteiligten Vertretern der Bevölkerung, den Ministereparchien der Länder und schließlich dem Reichstagen selbst gefaßt wurde, ist die Aufhebung der Verhandlungen nur noch eine formale Angelegenheit. Damit ist der Weg frei zu den Verhandlungen, aber es ist noch nicht ganz sicher, ob es zu solchen Verhandlungen in absehbarer Zeit kommt. Dem gerade jetzt liegt diejenige Stimmung in Frankreich sich Übergegend zu verlagern, die nicht Reparationen, sondern die Verein und Ruhr will.

Das Ziel aller Verhandlungen in der reparationsfrage ist auch das Ziel, das jetzt verfolgt werden muß. Eine wirklich tragbare und durchführbare Regelung der Reparationslasten herbeizuführen unter Sicherung der Reichseinheit, aber auch der politischen Souveränität des Reiches und seiner wirtschaftlichen Beweglichkeit. Es muß sich jetzt an Verhandlungstisch entscheiden, inwieweit Frankreich und die Entente diesen Zweck forderungen nachzukommen gewillt sind. Deutschland wird suchen müssen, zu einer internationalen Eintracht zu kommen, für die die Verhandlungen seit einiger Zeit wieder auf-

genommen wurden. Die Ansichten sind auch nicht als unmöglich zu beurteilen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß eine enghärtige und leistungsmögliche Regelung der Reparationsfrage zustande kommt.

Die deutsche Reichsregierung wird bei den Verhandlungen mit Frankreich auf das noch mehrbedeutende Angebot der Emigration hinzuweisen und auf die Erwartung hinwirken, daß der Reichstanzler Stresemann in seinem desaktuellsten Anbieten betreffend Schaffung einer internationalen Treuhandgesellschaft unter hypothekarischer Belastung des gesamten Reiches entwickelt hat. Anzustehen sehen wir auch schon von französischer Seite ein „Programm“ aufzulegen, dessen hervorzuhebenste Forderung darin besteht, daß die linksrheinischen Eisenbahnen, ebenso ein Teil der Kohlengruben des Ruhrgebietes unter alliierter Verwaltung gestellt und daß die deutsche Finanzverwaltung einer alliierten Kontrolle unterworfen wird. Unter diesen Voraussetzungen, wie dem auch noch Monopolpläne eine Rolle spielen, soll Deutschland ein 3-jähriges Votarium gegeben werden.

Die vorerwähnte Aufgabe, die der Reichsregierung nun nach innen erwächst, ist die unverzügliche Schaffung der neuen Währung. Jeder dieser Punkt ist es in den letzten Tagen mehr und mehr geworden. Die Aufgabe des passiven Widerstandes macht aber den Weg dafür für die Regelung dieser Frage frei, und es ist dringend notwendig, mit entscheidenden Entschlüssen die Regierung und Reichstag in aller Eile zu fassen haben, nur erst zu machen.

Sturmzeichen.

Diktator Hitler.

München, 23. September. Adolf Hitler erklärt nachstehenden Aufruf an die Parteimitglieder: Nachdem ich mit dem heutigen Tage die politische Führung des deutschen Kampfbundes übernommen habe, fordere ich die Parteimitglieder auf, aus allen militärischen Verbänden, die nicht dem Kampfbund angehören, sofort auszutreten und in die Reihen der Sturmabteilungen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, „Reichsflagge“ und „Oberland“ einzutreten. Wer dieser Aufforderung binnen zehn Tagen nicht nachkommt, wird aus der Partei ausgeschlossen.

München, 28. September. Die herrschende politische Spannung kommt in den Persönlichkeiten der Blätter zum Ausdruck. Die Münchener Post (so.) erklärt, die Mitteilungen über die Vorbereitungen der vaterländischen Kampferbände, daß schon für die nächste Zeit ein Gewaltstreik gegen den verfassungsmäßigen Zustand des Reiches und der Länder geplant sei. Das Blatt mahnt die Arbeiter zur größten Selbstbeherrschung. Wie

das Blatt weiter erzählt, hat der Verband „Oberland“ den Befehl ausgegeben, Freitag früh um 4 Uhr mit Waffen auf dem Maximplatz zu sein. In einem weiteren vertraulichen Befehl sei den Mitgliedern des Verbandes die Abreise von München strengstens verboten worden. Die Organisation „Kobloch“ habe einen Gefellesschaftsbefehl ausgegeben, nach welchem sich ihre Angehörigen am Donnerstag morgen 8 Uhr am Würmer Bahnhof zu treffen haben. Eine Vollversammlung der Betriebsräte Münchens hat die Einberufung des bayerischen Betriebsrätekongresses beschlossen. Wie man fernher mit, werden durch Anschläge an den Maximplatz für morgen, 14 nationalsozialistische Versammlungen einberufen. In familiären Versammlungen wird Hitler sprechen.

Der Kampfbund gegen die Währungsban.

München, 28. September. In einem offenen Brief an die bayerische Regierung, unterzeichnet vom Deutschen Kampfbund, wird die bayerische Regierung aufgefordert, unter keinen Umständen bayerische Wänder und bayerische Staatsbeschränkungen und Staatsgefallen der privatkapitalistischen Berliner Währungsbantrübnung zu unterstellen. Unter-

zeichner verlangen, daß wenn eine Währungsban errichtet werde, für Bayern ein eigenes, dem Staat und nicht Privatkapitalisten gehörendes Institut geschaffen werde. Unbedingte Ablehnung dieser Verfassungsversuche und sofortiges energisches Handeln sei dringend notwendig.

Zwei Aufrufe aus den Kreisen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei

München, 23. September. Im „Nationalen Beobachter“ erklärt Herr Karl Wende einen Aufruf an die deutschen Arbeiter. Der Aufruf beginnt: Ferig zum Aufstehen über deutsch fühlt und noch ein geringes Grotes deutsches Vaterland kennt, der helfe mit es vor dem Marzismus, dem bolschewistischen Untergang zu retten. Schwere Arbeiter, Mannen und Chevaliers, alle anderen deutschen Arbeiter, deutsche Jugend, ohne Unterschied der Religion, helfe Euch bereit für die kommende Zeit! Macht euch beim Sturmabteilungsleiter der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei. - Ein ähnlicher Aufruf ergibt an alle deutschen Automobilbesitzer. Die Leitung der Autohof der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei gibt von heute ab Verpflichtungsbüchlein heraus, die durch ihre Geschäftsstelle zu beziehen sind. Alle deutschen Automobilbesitzer und Firmen geben in den Verpflichtungsbüchlein ihre zu stellenden Wagen mit oder ohne Fahrer an. Werden Kraftfahrer gestellt, so kommen nur solche in Betracht, die im Besitz von Führerscheinen sind. - Letzterer Aufruf ist von der Leitung der Automobilhof der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei unterzeichnet.

Gerücht oder Stimmungsmache?

Dem Vernehmen nach sind in Heidelberg auf den Straßen - ansehend von den dortigen Zeitungen - Telegramme angefangen, daß Inhabers, daß die deutsche Regierung den passiven Widerstand aufgegeben habe, und daß der schwarz-weiß-rote Vormarsch von Bayern aus über Thüringen begonnen habe. Selbstverständlich ist an dem Gerücht über den Vormarsch kein wahres Wort.

Der pommerische Landbund an den Reichstanzler.

Stettin, 25. September. Das Direktorium des pommerischen Landbundes richtete unter dem 24. September an den Reichstanzler einen offenen Brief, in dem es u. a. heißt:

Jede neue Währung muß den Weg der alten gehen, solange die wirtschaftspolitischen und politischen Voraussetzungen nicht anders sind als heute. Statt dessen erhält man Verordnungen, Maßfälle in die Zwangsbüchlein, Kontrollausweise, alles Dinge, die kein Staatsoberhaupt mehr schaffen oder den Willen des landwirtschaftlichen Berufsstandes zur Mitarbeit künstlich untergraben. Wir fordern die Durchführung des Rubelgesetzes, bis zur vorbeschalteten Vereinerung, statt dessen ließ man deren Freiheit, die in Wort und Schrift aus parteipolitischen Gründen den Willen zur Arbeit an Rhein und Ruhr und in Sinterland inhaftlich erlitten. Wir sind der Überzeugung, daß ein Friedensvertrag de facto nicht mehr besteht. Wir sind aber abweichend von Führer in der Stuttgarter Rede erkennbaren Aufspaltung der Ansicht, daß Deutschland den Krieg noch nicht verloren hat, aber allerdings ihn noch verlieren kann. Es steht das Schicksal eines Volkes auf dem Spiel, das heute, noch zu Hoffnungen berechtigt, mehr als unsere Feinde sich ihrer widern können. Wir wollen, ehe es zu spät ist, Herr Reichstanzler, daß die Führung des deutschen Volkes den Willen zur Gehaltung des Reiches zur Erfüllung unserer Unter-

BIBLIOTHEK ZU BERLIN KULTURBESITZ